Das Magazin für den öffentlichen Dienst

September 2020

Personalratswahlen – aufkreuzen und ankreuzen!



dbb beamtenbund und tarifunion berlin



### Liebe Leserinnen, lieber Leser,

was in der letzten Ausgabe des hauptstadt magazins noch als gute Nachricht galt, ist binnen Monatsfrist zur ungewissen Hängepartie geworden. Gemeint ist die Hauptstadtzulage, die wegen einer katastrophalen Verhandlungsführung des Berliner Senats nicht die Zustimmung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) gefunden hat. Für den dbb berlin ist klar: Die Zulage wie auch die Mitgliedschaft in der TdL müssen bleiben! Wir erwarten unverzüglich eine entsprechende Lösung vom Senat!

Diese Forderung hat die dbb Landesleitung bereits nachdrücklich bei einem Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller am 19. August 2020 unterstrichen – und uneingeschränkte Zustimmung gefunden. Weitere Themen waren unter anderem die ausufernde Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und die Personalentwicklung. Wir berichten ausführlich darüber in dieser Ausgabe.

Breite Teile des Magazins sind den ab Oktober anstehenden Personalratswahlen gewidmet, zu denen der dbb berlin mit einer noch umfangreicheren Kandidatenliste antritt als vor vier Jahren. Wichtiger noch: Hinter jedem Namen steckt eine beziehungsweise ein ausgewiesene(r) Kenner(in) der Materie und engagierte Kämpfer(in) für die Rechte und Belange der Beschäftigten.

Die Wahlen gelaufen sind bereits bei den Jugendund Auszubildendenvertretern – mit ansehnlichen Ergebnissen für den dbb berlin. Wir berichten über die neu gewählten Vorsitzenden der GJAV im Bereich der Berliner Finanzämter und bei der Berliner Justiz, die der DSTG beziehungsweise dem BSBD angehören. Nicht unerwähnt bleiben soll schließlich, das der dbb berlin zu einem Stück Normalität zurückgekehrt ist und seine Schulungen wieder aufgenommen beziehungsweise eine Broschüre zum Landesgleichstellungsgesetz herausgegeben hat.

Bleiben Sie vor allem weiter gesund!

Laule becker

Ihr

Frank Becker,

Landesvorsitzender dbb berlin

# Inhalt

Hauptstadtzulage droht zu scheitern	4
BVerfG trifft wegweisende Entscheidung	6
<b>Gespräch</b> Müller: "Keiner will sich von der Zulage verabschieden …"	4
Sonderseiten Personalratswahlen Mit uns gegen Gewalt – dbb berlin	7
Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den HPR	8
GJAV DSTG: Auf Sandra Heisig warten viele Aufgaben!	11
BSBD: Neue GJAV-Vertreter nehmen Arbeit auf	12
<b>Nahverkehr</b> gkl berlin: Gespräch mit BVG- Personalvorstand	12
<b>Unterhaltung</b> Preisrätsel	14
<b>Fortbildung</b> Schulungen wieder aufgenommen	15
Zum guten Schluss LADG: Antwort aus der Senatsverwaltung für Justiz	16

### **Impressum**

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. Telefon: 030.3279520. Telefax: 030.32795220. Internet: www.dbb.berlin. E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40. Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: post@dbb.berlin. Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0. Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Christiane Polk, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigendisposition: Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 17, gültig ab 1.10.2019. Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. Layout: FDS, Geldern. Fotos: wie angegeben. Titelbild: © Pixabay (2)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder. Hauptstadtzulage droht zu scheitern

# dbb berlin: katastrophale Verhandlungsführung

Der dbb berlin hat die Berliner Verhandlungsführung in Sachen Hauptstadtzulage gegenüber der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) scharf kritisiert, nachdem die Mehrheit der Länder in der Tarifgemeinschaft die Hauptstadtzulage für die Berliner Angestellten offenbar ablehnt.

Für den dbb berlin ist das ein weiteres Zeugnis des selbstherrlichen Dilettantismus, an dem der Berliner Senat immer wieder auf Kosten seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter scheitert beziehungsweise mit dem er den Unwillen der anderen Länder und der höchsten Gerichtsbarkeit heraufbeschwört. Eine Lösung, die die Mitgliedschaft Berlins in der TdL nicht gefährdet, ist überfällig.

"Seit mehr als einem halben Jahr mahnt der dbb berlin, endlich die notwendige Zustimmung der TdL zur Gewährung einer Hauptstadtzulage an die Berliner Arbeitnehmer einzuholen", zeigt sich dbb Landeschef Frank Becker genervt. "Vernünftige Verhandlungsführer hätten sinnvollerweise ihre Pläne bereits im Vorfeld mit denen abgesprochen, die davon tangiert sind." Anscheinend nicht so der Berliner Finanzsenator, der es als Erster Stellvertreter des Vorsitzenden der TdL hätte besser wissen und rechtzeitig für grünes Licht bei der Tarifgemeinschaft sorgen müssen.

Tatsächlich ist die Ablehnung der Hauptstadtzulage durch die TdL ein weiteres eklatantes Versagen der Berliner Politik gegenüber dem öffentlichen Dienst. "Erst vor wenigen Wochen hat ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts für Schlagzeilen gesorgt, wonach Berlin jahrelang ganze Gruppen von Richtern
und damit wohl zwangsläufig auch Beamte entsprechender Besoldungsgruppen grundgesetzwidrig unteralimentiert hat. Und das Landesantidiskriminierungsgesetz, das Justizsenator Dirk Behrendt initiiert
hat, darf überhaupt nur noch für Berliner Bedienstete Konsequenzen zeigen, will man die Amtshilfe anderer Bundesländer nicht aufs Spiel setzen", ruft Becker die gröbsten Fehlleistungen des Senats in
jüngster Vergangenheit in Erinnerung.

Der dbb berlin erwartet jetzt, dass der Senat unverzüglich eine Lösung präsentiert, die die Zahlung der Hauptstadtzulage an alle Beschäftigtengruppen des Landes Berlin sicherstellt – und zwar ohne dass die Mitgliedschaft des Landes in der TdL gefährdet wird.

Diese Meinung des dbb berlin teilt ganz offenbar auch der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, wie die dbb Landesleitung bei einem Gespräch am 19. August 2020 feststellen konnte. (siehe Artikel: "Keiner will sich von der Zulage verabschieden …")

# "Keiner will sich von der Zulage verabschieden …"

Das hat der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, am 19. August 2020 gegenüber der Landesleitung des dbb berlin bekräftigt. In dem Gespräch, an dem auch der Staatssekretär für Verwaltungs- und Infrastrukturmodernisierung, Frank Nägele, teilnahm, betonte Müller zugleich, dass der Verbleib Berlins in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, in der die geplante Hauptstadtzulage keine Zustimmung gefunden hat, keinesfalls zur Disposition steht.

Eine konkrete Lösung, wie die Einbeziehung des Arbeitnehmerbereichs in die Zulage unter diesen Voraussetzungen erreicht werden kann, konnte er allerdings noch nicht präsentieren. Müller führte die ablehnende Haltung der Mehrheit der Länder gegenüber der Hauptstadtzulage auf die aktuelle CoronaKrise zurück. Nach Ansicht des dbb berlin hätte für das Vorhaben aber von vornherein – also lange vor Beginn der Pandemie – die Zustimmung der TdL eingeholt werden müssen.

### Keine Kürzungen

Zu den finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise stellte der Regierende Bürgermeister klar, dass zusätzliche Wünsche künftig nicht mehr erfüllbar seien. Stand heute werde es aber auch keine Kürzungen an beschlossenen Vorhaben und Projekten geben. Weder werde das Schulsanierungsprogramm gestoppt noch müssten die Bezirke um den beschlossenen Stellenaufwuchs bangen, nannte der Regierende Bürgermeister konkrete Beispiele. Große Sorge bereite nach wie vor die Besetzung der offenen Stellen, obwohl in der aktuellen Finanzkrise frei werdendes qualifiziertes Personal aus der Wirtschaft für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst gewonnen werden könnte.

### Personalgewinnung mit Hindernissen

Hier steckt der Teufel, wie im Gesprächsverlauf deutlich wurde, ganz offenbar im Detail: Staatssekretär Nägele führte an, dass in Berlin immer noch sage und schreibe 71 verschiedene Stellen mit der Personalgewinnung befasst seien.

Die dbb Landesleitung machte unter anderem die fehlende Anerkennung qualifizierter Ausbildungen außerhalb des öffentlichen Dienstes für den Missstand verantwortlich. Quereinsteiger benötigten in der Regel keine zusätzliche dreijährige Ausbildung, sondern eine Grundqualifizierung für den öffentlichen Dienst, in die auch die Verwaltungsakademie eingebunden werden müsse, erklärten die Vertreter des dbb berlin. Es gelte dann aber, die Akademie bei der Rekrutierung qualifizierter Dozenten aus dem öf-



dbb Landeschef Frank Becker und der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller



fentlichen Dienst zu unterstützen und ihr mit kleinkarierten Maßnahmen "keine Knüppel zwischen die Beine zu werfen". So gibt es etwa Überlegungen, die An- und Abfahrtszeit der Dozenten zur Akademie von ihrer Dienstzeit abzuziehen. Auch Einstellungshöchstgrenzen – in der Steuerverwaltung immer noch bei 32 Jahren – wirkten sich negativ bei der Personalgewinnung aus und müssten deutlich nach oben korrigiert werden.

Mitglieder der Landesleitung des dbb berlin in der Diskussion mit dem Regierenden Bürgermeister von rechts nach links: Martina Riedel, Synöve Nüchter, Frank Becker, Bodo Pfalzgraf

### Bündnis gegen Gewalt

Einig waren sich der Berliner Regierungschef und die dbb Landesleitung schließlich, dass der ausufernden Gewalt gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, die selbst vor Einsatzkräften der Feuerwehr und des Rettungsdienstes nicht mehr haltmacht, entschieden entgegengetreten werden muss. Die Initiative des dbb berlin, diese Absicht in einer Gemeinsamen Erklärung zu zementieren, fand die volle Unterstützung Müllers, der ein entsprechendes Papier möglichst zusammen mit beiden Spitzenorganisationen des öffentlichen Dienstes auch selbst unterzeichnen will.

Weitere Gesprächspunkte waren die Durchsetzung des gesetzlichen Mindestlohns bei privaten Hilfsdiensten, die im Bereich des öffentlichen Dienstes tätig sind, eine Gesetzeslücke, die Personalräten keine Einsichten in Planungen des Berliner Immobilienmanagements BIM erlaubt, sowie die künftige Verwaltungsnutzung des ehemaligen Flughafens Tempelhof.

### Konstruktiver Gesprächsverlauf

dbb Landeschef Frank Becker zeigte sich nach Ablauf des Gesprächs, das konstruktiv und in angenehmer Atmosphäre verlaufen ist, zufrieden: "Unsere Vorschläge wurden aufgenommen und werden weiterverfolgt. Wir freuen uns vor allem, dass der Regierende Bürgermeister an der Zahlung der Hauptstadtzulage entschieden festhalten will und der Senat offenbar bereit ist, die mit der schlechten Verhandlungsführung gegenüber der TdL eingebrockte Suppe auszulöffeln."

# Besoldung

# **BVerfG trifft wegweisende Entscheidung**

Das Land Berlin hat seine Richter und Staatsanwälte in den Besoldungsgruppen R 1 und R 2 in den Jahren von 2009 bis 2015 sowie in der Besoldungsgruppe R 3 im Jahr 2015 "evident zu niedrig" besoldet. Das hat das Bundesverfassungsgericht in einem Ende Juli veröffentlichten Beschluss vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18 – entschieden. Der dbb berlin geht davon aus, dass dieser Beschluss wegweisend für noch anhängige Verfahren zur Beamten-

besoldung ist.

Der Berliner Senat musste sich in Sachen Richterbesoldung nicht nur höchstrichterlich bescheinigen lassen, jahrelang das grundgesetzlich garantierte Alimentationsprinzip verletzt zu haben, sondern muss jetzt allen Betroffenen, die sich zeitnah mit den statthaften Rechtsbehelfen gegen ihre Besoldung gewehrt haben, Nachzahlungen leisten.

Der dbb berlin, der seit Jahren mit dem Senat um eine amtsangemessene Besoldung für die Berliner Beamten ringt, sieht sich in der eindeutigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bestätigt. Denn das Mindestmaß einer amtsangemessenen Alimentation dürfte in allen Besoldungsordnungen unterschritten sein.

dbb Landeschef Becker: "Wir erwarten unverzüglich ein deutliches Signal des Senats, was die rückwirkende Behebung seiner verfassungswidrigen Besoldungsentscheidungen betrifft." Bestätigt wurde der dbb berlin von den Verfassungsrichtern auch in seiner
Rechtsauffassung, dass
für eine rückwirkende
Schadensbehebung ein
jeweiliger zeitnaher
Widerspruch gegen die
verfassungswidrige Besoldung ausreichend und ein
Klageverfahren nicht notwendig ist.

Der dbb berlin hatte seinen Mitgliedern ein entsprechendes Vorgehen immer wieder angeraten und entsprechende Mustertexte zur Verfügung gestellt.





# Neue Broschüre zum Landesgleichstellungsgesetz

Der dbb berlin hat eine Broschüre mit dem aktuellen Landesgleichstellungsgesetz Berlin und der dazugehörigen Wahlordnung zur Unterstützung seiner Frauenvertreterinnen herausgegeben.

Die Publikation, die über die Mitgliedsgewerkschaften bezogen werden kann, ist auch als Dank und Anerkennung für die vielen Frauenvertreterinnen vor Ort und für die Kolleginnen im Frauenausschuss des dbb berlin, die regelmäßig gewinnbringende Arbeit leisten, gedacht.

# Sonderseiten zur Personalratswahl

# dbb Liste wählen! Mit uns gegen Gewalt – dbb berlin!

Der dbb beamtenbund und tarifunion berlin ruft Sie herzlich auf: Gehen Sie zur Wahl! Stärken Sie die Vertretung Ihrer ureigensten Interessen in Ihrer Dienststelle! Wählen Sie den dbb berlin und seine Fachgewerkschaften!

Mit der ausufernden Gewalt in der Gesellschaft, die vor den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes längst nicht mehr haltmacht, muss endlich Schluss sein. Um die Brisanz dieses erschreckenden Themas zu unterstreichen, hat der dbb beamtenbund und tarifunion berlin bewusst bei den diesjährigen Personalratswahlen die Listenbezeichnung "Mit uns gegen Gewalt - dbb beamtenbund und tarifunion berlin" gewählt. Denn es darf einfach nicht länger hingenommen werden, dass Lehrer angespuckt und geschlagen werden, Sozialarbeiter sich von angriffslustigen Klienten mit der Waffe bedroht sehen, Polizisten tätlich angegriffen werden, im öffentlichen Nahverkehr die Fahrer bedroht und selbst die Helfer von Feuerwehr und Rettungsdienst nicht mehr vor Gewaltattacken sicher sind.

Der dbb berlin hat dem Berliner Senat dazu eine gemeinsame Grundsatzerklärung vorgeschlagen, die beide Seiten zum Handeln verpflichtet. Die erste Reaktion vom Regierenden Bürgermeister war ausgesprochen positiv. Natürlich ist die Gewaltproblematik nur eines von vielen Themen, das die Kandidatinnen und Kandidaten der Fachgewerkschaften des dbb berlin zur HPR-Wahl vorantreiben wollen. Faire Bezahlung, bessere Beschäftigungsbedingungen, insbesondere zeitgemäße technologische Ausstattung, Personalgewinnung, Wertschätzung für den öffentlichen Dienst und Lehrerverbeamtung sind nur einige Stichworte, die verdeutlichen, worum es geht und warum an diesen wichtigen Zielsetzungen nicht unerfahrene Bewerber herumbasteln sollten, sondern versierte und gut geschulte Personalratsmitglieder, wie sie der dbb berlin auf seinen Kandidatenlisten präsentiert.

Auf den folgenden Seiten stellen wir zunächst die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten, mit denen der dbb berlin in die HPR-Wahl geht, in Wort und Bild vor. Es folgen Listen aller unserer Kandidatinnen und Kandidaten, die sich für Sie im Beamten- und Arbeitnehmerbereich einsetzen wollen.



## Sie sind am Wahltag verhindert? Dann bitte Antrag stellen und per Briefwahl wählen!

Auch wenn Sie am Wahltag nicht in Ihrer Dienststelle vor Ort sind, können Sie selbstverständlich Ihre Stimme abgeben. Hierzu müssen Sie lediglich rechtzeitig die Briefwahlunterlagen bei Ihrem örtlichen Wahlvorstand beantragen. Einen Vordruck zur Beantragung der Briefwahl haben wir auf unserer Homepage für Sie vorbereitet (www.dbb.berlin). Achten Sie auf die Veröffentlichung Ihres örtlichen Wahlvorstandes (zum Beispiel am Schwarzen Brett).

Nutzen Sie die Möglichkeit dieser Stimmabgabe, denn jede Stimme für den dbb berlin und seine Fachgewerkschaften zählt.

# 79-mal Fachwissen, Durchsetzungskraft und Erfahrung

Kompetenz, Durchsetzungsstärke und vor allem ein stets offenes Ohr für die Beschäftigten sind Markenzeichen der Personalräte des dbb berlin.

Versteht sich, dass auch alle – meist wohlbekannten – Kandidatinnen und Kandidaten auf der dbb Liste diese entscheidenden Qualitäten aufweisen beziehungsweise längst überzeugend unter Beweis gestellt haben.

Hier zunächst die Erstplatzierten in der Beamten- und in der Angestelltengruppe auf der dbb Liste:



# +++ Unsere Kandidat(inn)en für den HPR +++



### **Frank Becker**

Beamte, Listenplatz 1 59 Jahre

- Beamter bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, freigestellter Personalratsvorsitzender,
- > seit 2013 Landesvorsitzender des dbb berlin,
- > seit 1979 Gewerkschaftsmitglied mit vielen verantwortungsvollen Führungsämtern, auch im Jugend- und Fachgewerkschaftsbereich.

"Ein besonderes Schwerpunktthema ist für einen dbb Landesvorsitzenden, der sich in allen Fragen engagieren muss, nicht leicht zu definieren. Umso wichtiger, dass ich in 'meiner' Landeleitung gute Fachleute habe, die mich tatkräftig und jederzeit unterstützen. Ganz wichtig für die Zukunft ist mir, dass wir endlich nachhaltig etwas auf dem Gebiet 'Gewalt gegen Beschäftigte' unternehmen."



**Rolf Herrmann** 

Beamte, Listenplatz 2 55 Jahre

- > Steueramtsrat,
- > seit 1993 Mitglied des Personalrats beim Finanzamt Lichtenberg, davon zwölf Jahre als Vorsitzender, ständiges Mitglied im Gesamtpersonalrat der Finanzämter,
- > stellvertretender Vorsitzender der DSTG Berlin.

"Die wichtigste Aufgabe in den kommenden Jahren wird die Sicherung des Wissenstransfers von Alt nach Jung sein. Dafür muss vermehrt ausgebildet werden. Nur über eine Steigerung der Ausbildungszahlen und anschließender Übernahme ist die Erhaltung der Arbeitsleistung im gesamten öffentlichen Dienst möglich."



Bodo Pfalzgraf
Beamte, Listenplatz 3
57 Jahre

- > Hauptkommissar, seit über 40 Jahren im Polizeidienst,
- Mitglied des Örtlichen Personalrats der Dir. 1,
   Mitglied des Gesamtpersonalrats der Berliner Polizei und Mitglied des Hauptpersonalrats,
- > Landesvorsitzender der DPolG.

"Wir sind die Hauptstadtmacher, sorgen im gesamten öffentlichen Dienst dafür, dass in Berlin überhaupt noch etwas läuft. Diese Leistung muss nicht nur fair bezahlt sein, sondern auch die Arbeitsbedingungen müssen stimmen. Dabei gilt für mich der Satz: nicht quatschen, machen!"



Heike Breuning
Beamte, Listenplatz 4
56 Jahre

- > Lehrerin, seit 1987 im öffentlichen Dienst in Berlin, Heimatgewerkschaft: VBE,
- Mitglied des Örtlichen Personalrats Neukölln, des Gesamtpersonalrats der allgemeinbildenden Schulen sowie Ersatzmitglied im Hauptpersonalrat,
- > stellvertretende Landesvorsitzende des dbb berlin,
- > Mitglied im Landesschulbeirat.

"Wir fordern die Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer in Berlin – das letzte Bundesland, das nicht verbeamtet. Außerdem brauchen wir faire Arbeitsbedingungen und wirksame Maßnahmen gegen jede Art von Gewalt gegen das gesamte schulische Personal."



**Ralf Behling** Beamte, Listenplatz 5 48 Jahre

- > Amtsanwalt, Heimatgewerkschaft: DAAV,
- > Mitglied im Gesamtpersonalrat der Berliner Justiz, Ersatzmitglied im Hauptpersonalrat Berlin,
- > stellvertretender Landesvorsitzender des BDR.

"Alle, die bis vor Kurzem noch geglaubt haben, Pandemiepläne sind unwichtig, sind eines Besseren belehrt worden. Wichtig ist aber deren Weiterentwicklung. Die Ausstattung mit Laptops für mobiles Arbeiten ist kein Luxus, sondern hält im Pandiemiefall Dienststellen arbeitsfähig. Leider ist das noch kein Standard in Berlin. Neben Nachwuchs und Besoldung möchte ich mich hier besonders einsetzen."



Synnöve Nüchter Angestellte, Listenplatz 1, 49 Jahre

- > Verwaltungsangestellte,
- > langjährige Beschäftigtenvertreterin,
- > stellvertretende Landesvorsitzende des dbb berlin,
- > Mitglied der dbb Bundestarifkommission.

"Ich engagiere mich für Ihre Belange, speziell im Tarif- und Arbeitsrecht. Diese Kompetenz möchte ich für Sie im HPR einbringen. Dabei ist es mir ein Anliegen, Ihre Interessen durchzusetzen."



**Boris Biedermann** 

Angestellte, Listenplatz 2 49 Jahre

- > Polizeitarifbeschäftigter in der Gefangenenbewachung,
- > stellvertretender Landesvorsitzender der DPolG Berlin,
- > Bundesstreikleiter DPolG.

"Meine Ziele sind Absicherung nach einem Dienstunfall statt Kündigung und Armut, bessere Bezahlung, Wertschätzung, bessere Aufstiegs-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten sowie familienfreundliche Arbeitszeit. Außerdem arbeite ich für stetig wachsende Mitgliederzahlen im dbb berlin."



**Stephan Freese** 

Angestellte, Listenplatz 3 60 Jahre

- > Assessor des Lehramtes,
- > seit 2017 im öffentlichen Dienst (Lehrer für Informationstechnologien und Mathematik),
- > langjähriger Handelsrichter am Landgericht Berlin.

"Mein Ziel ist es, sich im Personalrat dafür einzusetzen, dass die Berliner Kolleginnen und Kollegen eine gerechte, ihren Leistungen, auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern, entsprechende Bezahlung bekommen. Der Abwanderungsgrund von Kolleginnen und/oder Kollegen in andere Bundesländer und/oder zu Bundesbehörden sollte nicht an der Bezahlung liegen. Berlin braucht jeden Mitarbeiter.

Mit meiner langjährigen Erfahrung aus dem IT-Bereich möchte ich außerdem dazu beitragen, dass der Weg in die notwendige Digitalisierung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rechtzeitig und verträglich gestaltet wird und dabei die Bedürfnisse jedes Einzelnen berücksichtigt werden."

# +++ Unsere Kandidat(inn)en für den HPR +++

Lfd Nr.	Ippe Arbeitneh	1	Dienststelle/Beschäftigungsstelle
		Vorname	
1.	Nüchter	Synnöve	Senatsverwaltung für Inneres und Sport
2.	Biedermann	Boris	Polizeipräsident Berlin, Dir Zeso i. A. Gef. 1/SW
3.	Freese	Stephan	Oberstufenzentrum Informations- und Medizintechnik
4.	Lüdtke	Alexander	Finanzamt Charlottenburg
5.	Loran	Bernd	JVA Tegel
6.	Grunack	Istwan	Berliner Feuerwehr
7.	Dittrich	Andreas	Polizeipräsident Berlin, Dir Beso i. A. Gef. 1 Te
8.	Wiencek	Hendrik	Herrmann-Hesse-Gymansium
9.	Kirchner	Jürgen	Finanzamt Schöneberg
10.	Knittel	Christiane	Amtsgericht Tempelhof/Kreuzberg
11.	Wurl	René	Krankenhaus des Maßregelvollzugs Berlin, KMV
12.	Lichtenberg	Jens	Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf Ordnungsamt
13.	Begner	Thomas	OSZ Banken, Immobilien und Versicherungen
14.	Jefferies	Manuela	Finanzamt Steglitz
15.	Oberhinning- hofen	Hans	JVA Moabit, ZASt
16.	Schwarz-Weineck	Heike	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
17.	Schulz	Bernd	Polizeiprädident Berlin, Dir Zeso i. A.
18.	Fabienke	Gerhard	Bezirksamt Reinickendorf, 12.G.09
19.	Kusber	Martin	Finanzamt Friedrichshain-Kreuzberg
20.	Oesten	Holger	Jugendstrafanstalt Berlin
21.	Amzoll	Christiane	Senatsverwaltung für Inneres und Sport Abt. II
22.	Rentoulas-Oehl- schläger	Thorsten J.	Käthe-Kollwitz-Grundschule, 07 G 29
23.	Kayser	Sven	Technisches Finanzamt Berlin
24.	Ratsch	Susann	Senatsverwaltung für Finanzen
25.	Thiel	Roger	Polizeipräsident Berlin, Dir E/VASfV 1 BVh 3. Zus
26.	Lohse	Anja	Grundschule an der Peckwisch, 12G09
27.	Ertel	Adriana	Senatsverwaltung für Finanzen
28.	Schappler	Detlef	Polizeipräsident Berlin, Dir ZeSo ZOS 13 B
29.	Rudolph	Frank	Andreas Gymnasium, O2Y01
30.	Wallenschus	Nils	Berliner-Bäder-Betriebe
31.	Korinth	Thomas	Poliezipräsident Berlin, Dir ZeSo i. A. Gef. 1/Te
32.	Strauch	Alexander	Polizeipräsident Berlin, Dir ZeSo – Gef. 1/C

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten der Gruppe Beamte				
Lfd Nr.	Familienname	Vorname	Dienststelle/Beschäftigungsstelle	
1.	Becker	Frank	Senatsverwaltung für Inneres und Sport	
2.	Herrmann	Rolf	Finanzamt Lichtenberg	
3.	Pfalzgraf	Bodo	Der Polizeipräsident in Berlin, Berlin, GPR	
4.	Breuning	Heike	Schulamt Berlin	
5.	Behling	Ralf	Amtsanwaltschaft Berlin	
6.	Stemmler	Cornelia	Senatsverwaltung für Inneres und Sport	
7.	Thiess	Oliver	Finanzamt Tempelhof	
8.	Schumann	Sabine	PPr Berlin, Dir. E/V St1	
9.	Kasigkeit	Gabriela	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, BA-Pankow	
10.	Schulz	Cornelia	Amtsgericht Schöneberg	
11.	Weikamm	Mike	Berliner Feuerwehr, Diektion Nord	
12.	Riedel	Martina	Finanzamt für Fahndung und Strafsacher	
13.	Lüdicke	Christoph	Polizei Berlin	
14.	Hirsch	Stefan	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie	
15.	Goiny	Thomas	Justizvollzugsanstalt Tegel	
16.	Woosmann	Petra	Landesverwaltungsamt Berlin	
17.	Lebrecht	Lisa	Finanzamt Treptow-Köpenick	
18.	Schmidt	Matthias	Der Polizeipräsident in Berlin, Dir ZeSo (i.A.) Gef. 1/Te	
19.	Althelmig	Anna Maria	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie	
20.	Rose	Marcel	Amtsgericht Mitte	
21.	Gröger	Andreas	Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf	
22.	Herrmann	Karin	Senatsverwaltung für Finanzen	
23.	Hönig	Karsten	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie	
24.	Früsemers	Katharina	Amtsanwaltschaft Berlin	
25.	Orhan	Andrea	Bezirksamt Neukölln	
26.	Hellweg	Reginald	Technisches Finanzamt Berlin	
27.	Zimmermann	Andreas	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie	
28.	Rösler	Sven	Jugendstrafanstalt Berlin	
29.	Albert	Michael	Berliner Feuerwehr, BFRA	
30.	Schulze	Manuela	Senatsverwaltung für Finanzen	
31.	Laurig	Vanessa	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie	
32.	Bartetzko	David	Amtsgericht Wedding	
33.	Mandal	Michaela	Bezirksamt Treptow-Köpenick	
34.	Scholz	Christian	Senatsverwaltung für Finanzen	
35.	Quandt	Heidrun	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, 08, 27. G.	
36.	Jonas	Silke	JVA Moabit	
37.	Rädel	Marco	Der Polizeipräsident inBerlin, Just 62	
38.	Sviridov	Anja	Senatsverwaltung für Finanzen	
39.	Crow	Norman	Amtsgericht Charlottenburg	
40.	Stein	Franco	Feuerwache Marzahn	
41.	Mika	Anita	Technisches Finanzamt Berlin	
42.	Heinrich	Ruth	Amtsanwaltschaft Berlin	
43.	Lebelt	Gabriele	Senatsverwaltung für Finanzen	
44.	Feist	Andreas	Senatsverwaltung für Inneres und Sport	
45.	Brinkmann	Hans-Georg	Senatsverwaltung für Inneres und Sport	
46.	Dohrmann	Jürgen	Feuerwache Tempelhof	
47.	Liebe	Dirk	Kurt-Schwitters-Schule	

# **DSTG-Erfolg bei GJAV-Wahlen**

# Auf Sandra Heisig warten viele Aufgaben!



Ihren Wahlsieg von 2018 wiederholen konnte die DSTG Berlin bei den Wahlen zur Gesamt- Jugend- und Auszubildendenvertretung in den Berliner Finanzämtern Ende Juni 2020.

Mit Sandra Heisig, die auch der DSTG-Bundesjugendleitung angehört, steht nach Romina Fiedler erneut eine erfahrene Kollegin der DSTG an der Spitze des inzwischen wegen der wachsenden Zahl der unter 27jährigen an den Auszubildenden und Studierenden der Steuerverwaltung auf 13 Mitglieder angewachsenen Gremiums.

Auf die neue GJAV-Vorsitzende wartet rund um die Ausbildung in den Berliner Finanzämtern und den theoretischen Teil der Ausbildung in Königs Wusterhausen viel Arbeit, auch wegen der zusätzlichen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie.

### Chancengleichheit schaffen

Denn für alle Auszubildenden und Studierenden gilt es jetzt, gleiche Voraussetzungen für einen erfolgreichen Abschluss zu schaffen. Keinesfalls darf dem Zufall überlassen bleiben, wie viel Unterstützung die jungen Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern erfahren.

Gleichzeitig ist die theoretische Ausbildung pandemiebedingt Einschränkungen unterworfen und der Unterrichtstoff muss oftmals im Selbststudium erarbeitet werden – ein weitaus zeitaufwendigeres und fehleranfälligeres Lernen als im Präsenzunterricht.

Auch unter normalen Bedingungen ist die theoretische Ausbildung in Königs Wusterhausen problematisch. Denn auf deren Ausgestaltung hat Berlin aufgrund einer Ausbildungskooperation mit Brandenburg und Sachsen-Anhalt nur relativ wenig Einfluss. Viel schwerer aber wiegt das unzureichende Berliner Kontingent an Ausbildungs- und Studienplätzen. So scheitert die dringend notwendige Erhöhung der Einstellungszahlen in der Steuerverwaltung nicht nur an geeigneten Bewerbern, sondern auch an fehlenden Kapazitäten in Königs Wusterhausen.

Wer die Ausbildung bzw. das Studium erfolgreich absolviert hat, wird in den Finanzämtern schon sehnlich erwartet.



### Immer noch sachgrundlose Befristung

Umso unverständlicher, dass immer noch Absolventen, die zwar per Gesetz die Laufbahnbefähigung erlangt haben, aber die Prüfung "nur" mit der Note vier abgeschlossen haben, zunächst als Tarifbeschäftigte eingestellt werden. Für Sandra Heisig eine unzulässige sachgrundlose Befristung, die schon vor mehreren Jahren vom Berliner Senat abgeschafft wurde, in der Steuerverwaltung aber immer noch praktiziert wird.

Angesichts von Personal- und Bewerbermangel sollte nach Ansicht von Sandra Heisig auch den Studierenden, die den Abschluss verfehlen, nicht nur eine niedrigere Laufbahnbefähigung zuerkannt, sondern auch ein Einstellungsangebot unterbreitet werden.

Ein Dorn im Auge ist der neuen GJAV-Vorsitzenden schließlich ein zusätzlicher Amtsarzttermin, der in der Steuerverwaltung zwischen erfolgreichem Ausbildungs- bzw. Studienabschluss und der Verbeamtung auf Probe fällig ist. Dieser entbehrliche Termin ist nicht nur für die überlasteten Amtsärzte ein Ärgernis, sondern strapaziert die Betroffenen zusätzlich in der Zeit der Prüfungsvorbereitung und gehört abgeschafft.

### **BSBD**

# Neue GJAV-Vertreter nehmen Arbeit auf

Unverzüglich die Arbeit aufgenommen haben die beiden neu gewählten Gesamt- Jugendund Auszubildendenvertreter der Berliner Justiz, Angelina Nitsch und Maximilian Schildberg (BSBD). In einem ersten Kennenlern- und Vorstellungsgespräch mit dem Leiter der Bildungsstätte Justizvollzug (BJV), Marcel Tietz, erörterten sie bereits notwendige Veränderungen in der Ausbildung für den allgemeinen Justizvollzug, das Konzept E-Learning und coronabedingte Probleme.

Auch Verbesserungen der Fortbildung über die BJV wurden angeregt, die den Beschäftigten wichtige Qualifizierungen eröffnen. Die BJV selbst steht seit April dieses Jahres durch die ihr übertragene zentrale Einstellung und Ausbildung vor enormen Herausfor-



Dr. Marcel Tietz, Leiter der BJV, Angelina Nitsch und Maximilian Schildberg (von links)

derungen. Sowohl der Gesamtpersonalrat als auch die Jugendvertretung sagten in diesem Zusammenhang ihre Mitwirkung bei einer gemeinsamen Ausgestaltung der künftigen Aus- und Fortbildung im Justizvollzug zu. "Wir haben uns über das offene und freundliche Gespräch sehr gefreut", waren sich die Jugendvertreter und Gesamtpersonalrat Thomas Goiny am Ende des Termins einig.

Um Lösungsansätze von Ausbildungsproblemen, die alle Verwaltungsbereiche betreffen, ging es bei einem weiteren Termin der Jugendvertreter am 12. August 2020, bei dem sie gemeinsam mit den Vertretern von Steuer und Polizei am 1. Modul der GJAV-Schulung des dbb berlin teilnahmen und mit dem fachlichen Rüstzeug für ihre künftige neue Aufgabe versehen wurden.

# gkl berlin

# Gespräch mit BVG-Personalvorstand

Über die Zukunftsperspektiven der Berlin Transport (BT), einer Tochtergesellschaft der BVG, hat der Vorsitzende der gkl Betriebsgruppe Nahverkehr, Christian Komorowski, Anfang August mit dem Vorstand Personal/Soziales der BVG, Dirk Schulte, erörtert.

Dabei wurde deutlich, dass ein Betriebsübergang der BT zur BVG, der die bestehenden Benachteiligungen der BT-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter beseitigen würde, ohne eine entsprechende Entscheidung des Parlaments nicht möglich ist. Einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BT-Belegschaft wünschen verständlicherweise einen solchen Übergang.

Geklärt werden konnten bei dem Gespräch dagegen einige organisatorische Fragen, etwa zur Freistellung für gewerkschaftliche Termine oder zur Einführung von Diensthandys bei der BVG.



Christian Komorowski (rechts) mit dem Vorstand Personal/ Soziales der BVG, Dirk Schulte

Natur-

Vorrich-

# PREISRÄTSEI



# Kalte Getränke an heißen Tagen ...

Halb.

Pflan-

... oder auch umgekehrt lassen sich mit den drei von der BBBank gesponsorten Thermobechern mühelos mit auf den Weg nehmen.

Wer einen der drei praktischen "Wegbegleiter" gewinnen will, sollte die richtige Lösung des Schwedenrätsels bis 15. September 2020 schicken an:

dbb berlin post@dbb.berlin Fax: 030.327952-20

Die Gewinner werden unter den Einsendern der richtigen Lösung ausgelost.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

14



Der dbb berlin hat sein Seminarangebot nach dem Lockdown – unter strenger Beachtung der Hygienevorschriften – wieder hochgefahren. Noch rechtzeitig konnten damit Wahlvorstände für die im Herbst anlaufenden Personalratswahlen und für die Wahlen der Frauenvertreterinnen geschult werden.

Auch in Sachen Gewerkschaftsarbeit wird wieder geschult. Neue Funktionsträgerinnen und -träger der Fachgewerkschaften des dbb berlin konnten bei dem Seminar "Gewerkschaftsarbeit zielgerichtet erklärt" alles Wissenswerte über die aktive Mitarbeit in einem Ehrenamt beim dbb erfahren.

Themen wie die Struktur des dbb berlin, die das Zusammenwirken zwischen den Fachgewerkschaften und dem Landesbund bestimmt, dienstrechtliche Fragen und Grundsätze des Rechtsschutzes, Mitbestimmung, Öffentlichkeitsarbeit und Mitgliederwerbung wurden dabei unter anderem erörtert.

"Junge Menschen an die Gewerkschaftsarbeit heranzuführen, ist der dbb Landesleitung ein besonders wichtiges Anliegen", betonte dbb Landeschef Frank Becker gegenüber dem hauptstadt magazin. So hatten auch alle Mitglieder des Führungsgremiums Sachvorträge bei dieser Veranstaltung übernommen.

Für neu gewählte Personalvertreter(innen) plant der dbb berlin bereits Schulungen ab Dezember 2020. Die Ausschreibungen zu diesen Seminaren, Programme und Kostenübernahmebestätigungen werden wir in Kürze auf der Homepage des dbb berlin unter https://www.dbb.berlin/service/schulungen/veröffentlichen.

dbb beamtenbund und tarifunion berlin

# Antwort aus der Senatsverwaltung für Justiz

Erst nach Redaktionsschluss der Juli/August-Ausgabe des hauptstadt magazins erreichte den dbb berlin eine Stellungnahme der Senatsverwaltung für Justiz zum Landesantidiskriminierungsgesetz, allerdings keineswegs von Justizsenator Behrendt selbst, der den Berliner Landesbediensteten diesen Bärendienst erwiesen hat.

Dankenswerterweise hat sich sein Pressesprecher die Mühe gemacht und zumindest das formale Prozedere bei Gesetzesverstößen nochmals erläutert:

"Wird im Rahmen öffentlich-rechtlichen Handelns gegen das Diskriminierungsverbot des § 2 LADG verstoßen, kann die von Diskriminierung betroffene Person Ansprüche auf Schadensersatz und Entschädigung nur gegenüber dem Land Berlin geltend machen. Dabei macht es keinen Unterschied, ob Beschäftigte des Landes tätig werden oder ob Beschäftigte aus anderen Bundesländern im Wege der Amtshilfe tätig werden. Der persönliche Geltungsbereich des Landesantidiskriminierungsgesetzes ist naturgemäß auf die öffentlichen Stellen des Landes Berlin beschränkt (§ 3 Abs. 1 Satz 1 LADG).

Die Entscheidung über disziplinarrechtliche Maßnahmen obliegt dem Dienstherrn nach den jeweils einschlägigen Disziplinargesetzen der Länder und des Bundes. Im Falle der Amtshilfe obliegt sie dem Dienstherrn der amtshilfeleistenden Beschäftigten."

So weit, so gut - nur ändert die Tatsache, dass Geschädigte unabhängig vom Dienstherrn des Beschuldigten ihre Schadensersatzansprüche aus dem Landesantidiskriminierungsgesetz gegenüber dem Land Berlin geltend machen können, keinen Deut an der Tatsache, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Während sich nämlich Beamtinnen und Beamten anderer Bundesländer bei unterstützenden Finsätzen in Berlin erfreulicherweise keinen Kopf machen müssen, welcher Kleinkriminelle oder Clanchef ihnen einen Strick drehen will, weil Berlin im Zweifel ohne Regressanspruch zahlt, sehen die Berliner Kollegen im Einsatzdienst mehr als unerfreulichen Zeiten entgegen. Verleumdungen und Intrigen gegen sie dürften an der Tageordnung sein, weil ein Justizsenator geradezu dazu einlädt, die Exekutive zu diffamieren.

O TanteTati / Pixahav